

Liebe Leserinnen und Leser,

die Finanztransaktionssteuer legt in diesem Jahr den Endspurt auf der ersten Etappe hin. Nach dem Vorlauf der letzten zwei Jahre dürften in den nächsten Monaten die Eckpfeiler für eine europäische Steuer eingerammt werden. Da die Debatte 2011 um eine EU-weite Steuer gekreist ist und eine solche nicht durchsetzbar erscheint, ist allerdings noch alles offen. Die nächsten Monaten werden eine rege Diskussion um teilnehmende Staaten und Steuerausgestaltung bringen. Die Kampagne muss dabei aufpassen, dass die Steuer nicht durchlöchert wird und nicht mit Berufung auf nicht-teilnehmende Staaten scheitert.

Von einer europäischen Finanztransaktionssteuer bis zu einer Steuer gegen Armut wird es noch eine weitere schwere Etappe, denn bei der Einnahmenverwendung fehlen uns noch Erfolge. Deswegen zählen wir 2011 besonders auf Interesse und Unterstützung.

Der Newsletter kommt diesmal mit einiger Verspätung. Anfang Februar gibt es einen Überblick über die Ereignisse im Januar, voraussichtlich mit einem besonderen FDP-Schwerpunkt. Derzeit wird immer deutlicher, dass die FDP ihre Blockade gegen eine Eurozonen-Lösung nicht durchhalten kann.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Wortprotokoll der Anhörung in Finanzausschuss
- Bewertung der politischen Entwicklung 2011
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

29. Dezember: Entwicklungsminister [Dirk Niebel](#) ist weiterhin gegen die Finanztransaktionssteuer, trägt aber offiziell die Linie der Bundesregierung mit.

27. Dezember: Für den Wirtschaftsweisen [Peter Bofinger](#) ist die Finanztransaktionssteuer eine interessante Einnahmequelle. Man sollte sich aber nicht zuviel davon versprechen.

26. Dezember: Finanzminister [Schäuble](#) will in den nächsten Monaten auf EU-Ebene Fortschritte bei der Finanztransaktionssteuer sehen. Ansonsten solle die Einführung in der Eurozone in Angriff genommen werden.

22. Dezember: Die [Bankenabgabe](#) erbringt 2011 mit 589 Mio. € nur die Hälfte der ursprünglich veranschlagten Einnahmen.

22. Dezember: Für [Ulrich Wickert](#) ist die Finanztransaktionssteuer "absolut in seinem Sinne".

7. Dezember: [Finanzminister Schäuble](#) rechnet frühestens 2014 mit Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer.

4. Dezember: Der [Tagesspiegel](#) bebildert einen Artikel mit einer Aktion der Kampagne Steuer gegen Armut.

1. Dezember: [Die Linke](#) fordert in zeitgleichen Parlamentsdebatten mit der "Front de Gauche" zum 1. Januar 2012 die Einführung einer Finanztransaktionssteuer durch Deutschland und Frankreich.

Entwicklungen im Ausland:

23. Dezember: [Jean-Claude Juncker](#), der Vorsitzende der Eurogruppe, hält eine Finanztransaktionssteuer in der Eurozone für machbar.

19. Dezember: Die britische Kampagne "[Stamp out Poverty](#)" gibt einen Jahresrückblick 2011.

19. Dezember: [Britische Banken](#) bringen europäische Staaten durch Steuervermeidungspraktiken um Millionenbeträge.

14. Dezember: [Robin Hood](#) gibt ein Stelldichein bei den Klimaverhandlungen in Durban.

14. Dezember: Nach Angaben des französischen Finanzministers [Francois Baroin](#) werden Deutschland und Frankreich am 23. Januar einen Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer in der Eurozone vorlegen. Die Steuer solle bis 2013 in Kraft treten.

14. Dezember: Vor dem italienischen Senat erklärt der neue Premierminister [Mario Monti](#), dass Italien die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorantreiben werde.

14. Dezember: [Dean Baker](#) vom Center for Economic und Policy Research (CEPR) erläutert, warum die Modellrechnungen der EU-Kommission zu Wachstumseinbußen problematisch sind.

14. Dezember: [Irland](#) macht sich Sorgen über eine nur auf die Eurozone erstreckte Finanztransaktionssteuer, schließt diese Option aber auch nicht aus.

9. Dezember: Der britische Premier [David Cameron](#) fordert in der EU das Einstimmigkeitsprinzip für Finanzmarktregulierung und legt ein Veto gegen die geplanten EU-Vertragsänderungen ein. Damit erteilt Großbritannien auch dem deutsch-französischen Plädoyer für die [schnelle Einführung](#) einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer eine Absage.

8. Dezember: Der britische [Guardian](#) lässt verschiedene heimische Stimmen zur Finanztransaktionssteuer zu Wort kommen.

7. Dezember: Auch Südafrika, Frankreich und Norwegen erhalten den [Robin Hood-Award](#) für ihren Einsatz für die Finanztransaktionssteuer zur Klimaschutzfinanzierung.

7. Dezember: Ein Rückgang an Spenden gefährdet den globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose. Eine Finanztransaktionssteuer könne Abhilfe schaffen, so [Gay Today](#).

7. Dezember: [Italien](#) öffnet sich gegenüber der europäischen Finanztransaktionssteuer.

7. Dezember: Die neue [belgische Regierung](#) unterstützt die Einführung eine Finanztransaktionssteuer.

6. Dezember: Weltweit wächst die Unterstützung für eine Finanztransaktionssteuer, schreibt die [New York Times](#).

5. Dezember: [Kofi Annan](#) wirbt für eine Finanztransaktionssteuer zur Entwicklungs- und Klimaschutzfinanzierung.
4. Dezember: [Pakistan](#) erhält den Robin Hood-Award wegen seines Einsatzes für die Finanztransaktionssteuer zur Klimaschutzfinanzierung.
2. Dezember: Das [britische Oberhaus](#) spricht sich gegen die Finanztransaktionssteuer aus.
1. Dezember: EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) wirbt für die Finanztransaktionssteuer - und trifft in den USA interessierte Gesprächspartner.
1. Dezember: [Malta](#) sperrt sich noch gegen die EU-weite Finanztransaktionssteuer.
1. Dezember: Aktivisten von [Occupy Wall Street](#) fordern eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung globaler Gesundheitsvorsorge.
1. Dezember: Der [Schweizer Bundesrat](#) wendet sich gegen eine Finanztransaktionssteuer.

Wortprotokoll der Anhörung im Finanzausschuss

Am 30.11.2011 diskutierten Experten vor dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags über die Ausgestaltung der Steuer (Auswertung im letzten Newsletter). Inzwischen kann der Ablauf im [Wortprotokoll](#) nachgelesen werden.

Bewertung der politischen Entwicklung 2011

Weltweit hat sich die Finanztransaktionssteuer inzwischen fest in der internationalen Debatte um Finanzmarktregulierung sowie Entwicklungs- und Klimaschutzfinanzierung etabliert. Das zeigen die Diskussionen in den G20, in der UN Leading Group und im Vorfeld des Klimagipfels von Durban. Auf globaler Ebene bleibt es jedoch bei Diskussionen und Papieren. In naher Zukunft ist weiterhin kein konkreter Erfolg zu erwarten.

Auf *europäischer Ebene* hat sich 2011 sehr viel getan. Der größte Erfolg ist, dass sich die Europäische Kommission auf eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene festgelegt hat. 2010 hatte sie nur die weltweite Einführung für sinnvoll gehalten. Von entscheidender Rolle war dabei die starke Beteiligung der Zivilgesellschaft an der EU-Konsultation zur Besteuerung des Finanzsektors und der von den Regierungen einiger Staaten weitergegebene Druck. Seit Ende September 2011 liegt nun ein *Richtlinienentwurf der EU-Kommission* vor, der die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer bis 2014 vorsieht. Parallel zur Debatte haben sich die Regierungen der Mitgliedsstaaten positioniert. Obwohl die Mehrzahl der Mitgliedsstaaten den Vorschlag der EU-Kommission unterstützt, ist wegen der Einstimmigkeit der EU in Steuerfragen die Einführung durch die Ablehnung von Großbritannien, Schweden und Tschechien verbaut. In vielen Staaten gibt es starke Bedenken gegen eine Einführung ohne die Briten. Daher könnte sich auch eine Eurozonen-Lösung nicht verwirklichen lassen. Die Steuer müsste dann in einer Staatenkoalition eingeführt werden.

Bei der *Einnahmenverwendung* hat sich bisher nur die französische Regierung offiziell klar für eine Verwendung zugunsten von Entwicklungshilfe ausgesprochen. Die EU-Kommission will die Steuer für das EU-Budget verrechnen, was bei den Mitgliedsstaaten auf starke Ablehnung stößt.

In *Deutschland* hat sich 2011 wenig verändert: Nach wie vor ist die Bundesregierung für eine "europäische Finanztransaktionssteuer" und lehnt die Zweckbindung der Einnahmen ab. Allerdings hat sich inzwischen geklärt, was die Koalitionspartner unter einer europäischen Einführung verstehen: CDU und CSU befürworten auch eine Einführung in der Eurozone, die FDP beharrt auf der Einführung in der ganzen EU. Die Bundesregierung hat den europäischen Partnern und der Kommission gemeinsam mit der französischen Regierung im September einen Vorschlag für eine europäische Finanztransaktionssteuer unterbreitet. Für den 23.1. wurde von der französischen Regierung ein Vorschlag für eine Eurozonen-Lösung angekündigt. Die Bundesregierung ließ bisher nichts entsprechendes verlauten.

Bezüglich des *Steuerdesigns* wurden mit dem Richtlinienentwurf konkrete Vorschläge gemacht. Wichtiges Merkmal des Vorschlags ist das Sitzlandprinzip, d.h. die weltweite Besteuerung sämtlicher Transaktionen von Personen und Unternehmen mit Sitz in der EU. Anleihen und Aktien sollen mit mindestens 0,1 % besteuert werden, Derivate mit mindestens 0,01 % auf ihren Nennwert, Devisen aus rechtlichen Gründen gar nicht. Über Änderungen am Steuerdesign muss der Europäische Rat entscheiden (das Europäische Parlament bleibt bei Steuerfragen weitgehend außen vor). Bei einer europäischen Teilstaatenlösung ist mit einer heftigen Debatte um Abwanderungsrisiken zu rechnen. Die Kampagne wird sich mit einer abgespeckten Variante wie einer Kopie der britischen Stamp Duty nicht zufrieden stellen.

Neue Studien und Stellungnahmen

Climate Finance: A tool-kit for assessing climate mitigation and adaption funding mechanisms

"Stamp out Poverty" und das "Institute of Development Studies" haben im Vorfeld des Klimagipfels in Durban einen Bericht zur Klimaschutzfinanzierung vorgelegt. Der weltweite Finanzbedarf für Klimabelange wird auf etwa 200 Mrd. \$ jährlich geschätzt. Ein "Grüner Klimafonds" soll von den Industriestaaten jährlich mit 100 Mrd. \$ ausgestattet werden und Maßnahmen in den Entwicklungsländern finanzieren. Die Finanztransaktionssteuer ist einer von neun im Bericht betrachteten Vorschlägen, wie Emissionsreduktionen und Anpassungsstrategien in Entwicklungsländern bewerkstelligt werden können. Sie zeichnet sich durch ihr hohes Einnahmepotenzial aus.

Zur Studie hier: <http://robinhoodtax.org/latest/new-report-suggests-fft-climate-finance>

Kampagnenaktivitäten

Mitgliederversammlung am 2.2.

Die Kampagne Steuer gegen Armut trifft sich am Donnerstag, 2. 2. 2012 von 11-17 Uhr in Berlin in den Räumen des DGB Bundesvorstands zur Verständigung über die aktuelle Lage und zur Planung kommender Aktivitäten.

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#)